



POLITIK / REDAKTION

Irak - das Chaos wächst an ...

(SB) - Im Irak stehen die Amerikaner vor einer schwierigen Frage: Eskalation oder Abzug? Der Vorwand, unter dem die US-Streitkräfte 2014 wieder in den Irak eingezogen waren - Bekämpfung der sunnitischen "Terrormiliz" Islamischer Staat (IS) - hat sich 2018 mit der Vernichtung des "Kalifats" von ... (S. 3)

POLITIK / KOMMENTAR

Halle-Attentat - weißer Rassismus ...

(SB) - Am 9. Oktober 2019 hatte Stephan B. in Halle/Saale während der Feierlichkeiten zum jüdischen Feiertag Jom Kippur versucht, bewaffnet in die Synagoge der Stadt einzudringen und die dort versammelten Menschen zu töten. Nachdem ihm dies aufgrund einer schweren Holztür nicht gelungen war ... (S. 5)

POLITIK / KOMMENTAR

COVID-19 - Evangelikale blasen zur Jagd ...

(SB) - Einmal mehr treibt bekennende ChristInnen die Frage um, wie Gott so etwas zulassen konnte. Die Coronaviruspandemie hat die Vereinigten Staaten fest im Griff, und es scheint ... (S. 7)

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Peru

Mit kleinbäuerlicher Landwirtschaft dem Coronavirus trotzen



Foto: © SENASA

In Zeiten der Pandemie verwandelt sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu einem tragenden Element, um die Ernährungssicherheit in Peru zu garantieren.

(Lima, 18.03.2020, servindi) - Der Ausnahmezustand, den die Welt gerade erlebt, sollte zu Politiken führen, die die kleinbäuerliche, indigene Landwirtschaft und die Rechte von indigenen Gemeinschaften fördern. Ihre Lebensweise löst seit langem viele Probleme,

mit denen einige Menschen aktuell konfrontiert werden.

"Es ist äußerst wichtig für unsere Gesellschaft, auf eine landwirtschaftliche Grundversorgung und Rinderzucht bauen zu können, um Krisen wie der jetzigen mit größerer Resilienz zu begegnen", betont Antolín Huáscar vom Nationalen Bauernverband CNA. In Zeiten des Coronavirus verwandelt sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft, ein Sektor, der in der Vergangenheit allzu sehr vernachlässigt und vergessen wurde, zu einem tragenden Element, um die Ernährungssicherheit in Peru zu garantieren.

"Denn ohne Essen kann die Welt nicht existieren."

Laut der CNA, dem repräsentativen Organ der nationalen Landwirtschaft, ist die Arbeit der Männer und Frauen auf dem Land grundlegend für ganz Peru, denn ohne Essen könne die Welt schließlich nicht existieren. Dem Nationalen Plan [1] der kleinbäuerlichen Landwirtschaft für 2019 bis 2021 ist zu entnehmen, dass die Erzeugnisse von Kleinbauern und -bäuerinnen weltweit 70 Prozent der produzierten Lebensmittel ausmachen und in Peru 97 Prozent der landwirtschaftlichen Einheiten auf solche Art und Weise genutzt werden. Zudem arbeiten mehr als 83 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeiter*innen Perus in Familienverhältnissen.

Trotz ihrer Relevanz für die Welt werde die kleinbäuerliche Landwirtschaft weiterhin unterschätzt, meint Lucinda Quispe Alaya, Sprecherin der Bäuerlichen Vereinigung von Junín FA-REJ: "Unsere Produkte haben eigentlich keinen Wert, wir verkaufen zum Beispiel eine Kartoffel für 30 oder 50 Cent pro Kilo, aber genau dieses Kilo wird für ein oder drei Soles (entspricht ca. 0,25-0,80 Euro) weiterverkauft." Sie fügt hinzu, dass das aktuelle Wirtschaftsmodell des freien Marktes außerdem bestehende Armutsverhältnisse noch weiter verstärke. In der momentanen Krise steige das Preisniveau noch weiter an: "Dieser Markt erkennt die wahren Produktionskosten unserer Erzeugnisse nicht an, wodurch er uns in einer dürftigen finanziellen Lage zurücklässt."

CNA richtet sich mit einem Aufruf an die Regierung

Antolín Huáscar wiederum wandte sich bereits über die institutio-

nellen Plattformen der CNA an das Landwirtschaftsministerium. Die Produktion und die Versorgung mit Lebensmitteln sollen auf eine faire Weise garantiert werden, bei der die Gesundheit und die Unversehrtheit sowohl der Bauern und Bäuerinnen als auch des ländlichen Raumes Vorrang haben sollten: "Wir von der CNA und den regionalen Verbänden bitten die Regierung inständig, Verluste in unseren Landgütern und allgemein in der landwirtschaftlichen Produktion abzuwenden, gerade in einer solch kritischen Zeit, wie wir sie momentan durchleben."

Der Aufruf beinhaltet dringende Maßnahmen, um die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Unterstützung der nationalen Polizei und der Streitkräfte in die Großmärkte zu bringen. So sollen eine Lebensmittelknappheit und Spekulationen vermieden werden. Der Vertreter der CNA betonte dabei, dass die Kleinbauern und -bäuerinnen der peruanischen Bevölkerung unter großer Anstrengung dieselben Preise für ihre Produkte versicherten.

Indigene kleinbäuerliche Landwirtschaft als Nahrungsmittelgarant

"Es wäre sinnvoll, wenn die Regierung direkt bei den Kleinbauern und -bäuerinnen einkaufen würde, um die Erzeugnisse schnellstens an diejenigen Haushalte zu liefern, die sie am meisten benötigen - anstatt Gelder zu verteilen, die vielleicht nicht einmal der Lebensmittelversorgung zu Gute kommen", fügt Antolín Huáscar hinzu.

Schließlich fordert er vom Landwirtschaftsministerium, vom Gesundheitsministerium und den regionalen Regierungen eine ständige Kontrolle im ländlichen Raum, um zu verhindern, dass die Kleinbauern und -bäuerinnen als Folge ihrer wertvollen Arbeit vom Coronavirus befallen werden oder sich Plagen ausbreiten. Antolín Huáscar wünscht sich, dass diese Erfahrung dazu führe, dass die Politik die kleinbäuerliche, indigene Landwirtschaft und die Rechte indigener Völker fördere, deren Leben daraus bestünde, für Probleme in der Lebensmittelversorgung Lösungen zu finden.

Anmerkung:

[1] <https://busquedas.elperuano.pe/normaslegales/decreto-supremo-que-aprueba-el-plan-nacional-de-agricultura-decreto-supremo-n-007-2019-minagri-1828314-1/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/umweltwirtschaft/mit-kleinbaeuerlicher-landwirtschaft-dem-coronavirus-trotzen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ernaehr/peri0212.html>

Irak - das Chaos wächst an ...

(SB) 31. März 2020 - Im Irak stehen die Amerikaner vor einer schwierigen Frage: Eskalation oder Abzug? Der Vorwand, unter dem die US-Streitkräfte 2014 wieder in den Irak eingezogen waren - Bekämpfung der sunnitischen "Terrormiliz" Islamischer Staat (IS) - hat sich 2018 mit der Vernichtung des "Kalifats" von Abu Bakr Al Baghdaadi weitgehend erledigt. Seitdem sind die US-Soldaten im Irak unwillkommene Gäste, die jedoch ihren Rückzug verweigern. Deswegen werden US-Stützpunkte im Land seit 2019 zunehmend zum Ziel von Raketenangriffen, mit denen die schiitischen Milizen die einstigen Verbündeten beim gemeinsamen Kampf gegen den IS bislang vergeblich zum Abzug zu animieren versuchen. In Washington wehren sich die Falken vehement gegen die Räumung der US-Basen im Irak, weil dies als Sieg des Irans angesehen werden und damit Amerikas Ruf als Militärmacht beschädigen könnte. Statt dessen plädieren diese Kräfte, die sich mit dem Sturz ihrer Marionette, des Shahs Mohammad Reza Pahlavi vor 31 Jahren, bis heute nicht abgefunden haben und deshalb seitdem einen tiefsitzenden Groll gegen das "Mullah-Regime" in Teheran hegen, für eine umfassende Offensive gegen alle irakischen Besatzungsgegner, selbst wenn dies einen großen Krieg am Persischen Golf auslösen sollte.

Am 22. und am 28. März hat die New York Times ausführlich über den laufenden Streit innerhalb der Regierung von US-Präsident Donald Trump zwischen Hardlinern und Gemäßigten in der Irak-Iran-Frage berichtet. Zur ersten Gruppe gehören Außenminister Mike Pompeo, der Nationale Sicherheitsberater Robert O'Brien sowie Geheimdienstkoordinator Richard Grenell, zur letzteren Verteidigungsminister Mark Esper und Generalstabschef Mark Milley. Aus dem ersten der beiden Artikel geht hervor, daß sich nach dem Raketenangriff, der am 11. März zwei auf dem Militärstützpunkt Al Taji stationierte US-Soldaten und eine britische Soldatin tötete, die Pompeo-Fraktion für schwere Vergeltungsangriffe nicht allein auf die irakische Kataib Hisb Allah, sondern auch im Iran selbst plädiert hat. Und das ungeachtet der Tatsache, daß die Urheberschaft des Angriffs bis heute völlig ungeklärt ist.

Wegen der Gefahr einer Großkonflikts hat sich Trump auf die Seite von Esper und Milley geschlagen und begrenzte Luftangriffe im Irak angeordnet. Diese töteten eine Anzahl von Angehörigen der Kataib-Hisb-Allah, aber auch mehrere reguläre irakische Soldaten und einen Polizisten. Schließlich sind Iraks schiitische Milizen Teil der 2014 von Ajatollah Ali Sistani ins Leben gerufenen Volksmobilisierungskräfte

und damit den regulären Streitkräften des Landes angegliedert, mit denen sie häufig Ausrüstung und Quartiere teilen. Aus Sicht der meisten Iraker handelte es sich bei der jüngsten amerikanischen "Vergeltungsoperation" um einen gravierenden und unzulässigen Angriff auf die irakische Souveränität, der mindestens so schwer, wenn nicht sogar schwerer als das Attentat auf den iranischen Kriegshelden General Qassem Suleimani am 3. Januar am Bagdader Flughafen wiegt. Seitdem reißen die Raketenangriffe auf die US-Militärbasen im Irak sowie auf die Grüne Zone in Bagdad, auf deren weiträumigem Gelände sich auch die gigantische US-Botschaft befindet, nicht mehr ab.

Angesichts dieser Entwicklung hat das US-Militär begonnen, die Anzahl seiner Stützpunkte zu reduzieren und die rund 5000 US-Soldaten sowie die sie unterstützenden rund 15.000 Militärdienstleister auf größeren Basen zusammenzulegen, die leichter und besser zu verteidigen sein sollen. In den letzten Tagen ist die Räumung mehrerer Stützpunkte, darunter Al Qayyara und K1 in den nördlichen Provinzen Nineveh und Kirkuk sowie Habbaniyah in der westlichen Provinz Anbar, erfolgt. Trotzdem setzen die schiitischen Milizen ihre Nadelstiche fort, weshalb laut der New York Times im zweiten der vorhin erwähnten Artikel das

Pentagon auf Drängen der Pompeo-Fraktion in der Trump-Administration bereits einen Plan für eine umfassende Militäroffensive gegen Iraks schiitische Milizen und deren vermeintliche Hintermänner im Iran erarbeitet hat.

Der waghalsige Plan, der im Fall seiner Ausführung sogar ausdrücklich die Versenkung iranischer Kriegsschiffe im Persischen Golf vorsieht, hat bei den Militärs, die ihn umsetzen sollen, heftigen Widerstand ausgelöst. Nach Erteilung der entsprechenden Direktive am 15. März zur raschen Erstellung einer Liste der anzugreifenden Ziele meldete am darauffolgenden Tag Generalleutnant Robert White, Oberbefehlshaber aller US-Streitkräfte im Irak, schriftlich seine Bedenken an. White wies laut NYT darauf hin, daß ein offener Konflikt mit den mehr als 100.000 schiitischen Milizionären im Irak, wenn überhaupt, dann nicht ohne eine massive Aufstockung der US-Truppenpräsenz zu gewinnen wäre, keine völkerrechtliche Grundlage hätte und zwangsläufig auf einen heißen Krieg mit dem Iran hinausliefe.

In einer eigenen Analyse, die am 29. März in der Onlineversion der Zeitschrift The American Conservative erschienen ist, hat der Historiker und sicherheitspolitische Kommentator Daniel Larison die von Washingtons Neokonservativen anvisierte Eskalation ihres Streits mit dem Iran über den Umweg der irakischen Schiitenmilizen als "irrsinnig" bezeichnet. Larison macht darauf aufmerksam, daß es den US-Streitkräften im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts nach dem gewaltsamen Sturz Saddam Husseins trotz ei-

ner Stärke von mehr als 160.000 Mann im Irak nicht gelungen ist, den damaligen Aufstand sunnitischer und schiitischer Gruppen in den Griff zu bekommen. Die Kämpfe flauten erst ab, als 2007 US-General David Petraeus in mühsamer Kleinarbeit eine Serie informeller Feuerpausen aushandelte und das Einverständnis der Gegner zu einem Waffenstillstand mittels größerer finanzieller Zuwendungen erkaufte.

Da das auch Pompeo, O'Brien et al bekannt sein muß, liegt die Vermutung nahe, daß es ihnen nicht so sehr um die erneute Auflage eines Konflikts niedriger Intensität mit den schiitischen Milizen im Irak, als vielmehr um einem Krieg mit dem Iran geht, bei dem das Pentagon endlich die angeblichen Vorteile seiner Luftwaffe und Marine im Bereich der High-Tech-Waffen zum Tragen bringen könnte. Der Ausstieg Trumps aus dem Atomabkommen mit dem Iran 2018 und die Verhängung schwerer Finanzsanktionen der USA haben die Wirtschaft der Islamischen Republik an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Die Verbreitung der Corona-Virus-Epidemie in den vergangenen Wochen hat zudem das gesellschaftliche Leben im Iran völlig durcheinander gebracht. In kaum einem anderen Land sind so viele Politiker und hohe Beamten an den Folgen einer COVID-19-Infektion gestorben.

Dessen ungeachtet hat Pompeo erst letzte Woche weitere Sanktionen gegen den Iran verhängt, die dessen Zugang zum internationalen Markt für medizinische Ausrüstung und Medikamente noch schwerer gemacht haben. Es

ist also gut möglich, daß die Fraktion der Kriegsfalken in Washington glaubt, ihre "Politik des maximalen Drucks" gegenüber dem Iran stehe kurz vor dem großen Durchbruch und es bedürfe nur einer kurzen, aber heftigen Strafaktion gegen das iranische Militär und die Revolutionsgarden, um das klerikale "Regime" in Teheran ein für allemal zu beseitigen. Wenn das die Kalkulation sein sollte, wird sie sich - wie von Daniel Larison und anderen prognostiziert - als völlige Verkennerung der Realität erweisen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1709.html>

Kooperationspartner



poonal

Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.dee>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

Pressenza

Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

Halle-Attentat - weißer Rassismus ...

"Unzufriedene weiße Männer"

Stephan B. (Attentäter von Halle über seinesgleichen) [1]

(SB) 31. März 2020 - Am 9. Oktober 2019 hatte Stephan B. in Halle/Saale während der Feierlichkeiten zum jüdischen Feiertag Jom Kippur versucht, bewaffnet in die Synagoge der Stadt einzudringen und die dort versammelten Menschen zu töten. Nachdem ihm dies aufgrund einer schweren Holztür nicht gelungen war, erschoss er auf offener Straße eine Passantin, worauf er in einen Dönerimbiss eindrang und dort einen Mann tötete. Auf seiner Flucht verletzte er zwei weitere Menschen schwer. Er filmte seine Taten und übertrug alles live im Internet. In den kommenden Tagen wird der Generalbundesanwalt in Karlsruhe Anklage wegen zweifachen Mordes und neunfachen Mordversuchs aus niedrigen Beweggründen erheben. Er sieht darin Taten, die das Ansehen der Bundesrepublik in der Staatengemeinschaft schädigen.

Die Taten gelten als umfassend ermittelt, bis hin zu einem aufgefundenen Foto, in dem sich der frühere Panzergrenadier der Bundeswehr am Morgen des Anschlags vor einem großen Bodenspiegel selbst aufnahm. Er lächelte sich in voller Kampfmontur zu, die Hand salutierend am Barett. Nach Recherchen von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung hat der 28jährige ein umfassendes

Geständnis abgelegt und über sein Motiv gesprochen. Von entscheidender Bedeutung sind demnach insgesamt vier Vernehmungen, die mit ihm stattgefunden haben. Zunächst hatte er kurz nach der Tat beim Haftrichter des Bundesgerichtshofs noch erklärt, er wolle nichts "beschönigen", aber auch nichts sagen. Es ergebe sich doch alles aus den bei dem Attentat von ihm selbst gefertigten Filmaufnahmen. Dann redete er aber doch, und zwar beim Richter sowie drei weitere Male mit Ermittlern des Bundeskriminalamtes. Schließlich, so erklärte er den Beamten, habe er seine Angaben bei der ersten Vernehmung aufgrund seiner Schußverletzung im Hals nicht "schön" ausformuliert.

Seinen Angaben zufolge war die Ankunft der Flüchtlinge im Jahr 2015 für ihn eine "Zäsur". Er habe entschieden, sich zu bewaffnen, denn wenn keiner etwas tue, dann müsse er es tun. Nachdem er sich zunächst überlegt habe, Muslime zu töten, sei seine Wahl schließlich auf einen Anschlag gegen Juden gefallen, da diese schließlich für Leute wie ihn das größte Problem seien. Auf die Frage, wer Leute wie er seien, antwortete Stephan B.: "Unzufriedene weiße Männer." Er habe gegen diejenigen vorgehen wollen, die ihn aus dem Leben drängen. Als er gefragt wurde, ob er Juden kenne, antwortete B., er kenne auch Angela Merkel und Adolf Hitler nicht, habe sich aber

dennoch eine Meinung über sie gebildet.

B. gab an, er sei vor der Tat zweimal an der Synagoge in Halle vorbeigegangen, um den Ort auszuspähen. Er sei davon ausgegangen, daß die Tür am Jom Kippur, einem hohen Feiertag der jüdischen Glaubensgemeinschaft, offen stehen würde. Stephan B. bedauerte nicht etwa die Tat, sondern daß er nicht noch mehr Menschen getötet und keine Migranten getroffen habe. Als er die deutschen Namen seiner Opfer Jana L. und Kevin S. gehört habe, sei er zusammengezuckt, da sie weder Juden noch Migranten waren. Er "bedauere" es, Deutsche getötet zu haben, gab er zu Protokoll. Er habe es in erster Linie auf Juden abgesehen gehabt, dann sei er auf "Nahöstler" im Dönerladen ausgewichen, heißt es in dem Bericht. [2]

Der Täter von Halle machte den Ermittlern gegenüber auch ausführliche Angaben, wie er seine Waffen für den Anschlag aus Metallrohren und mit Werkstücken aus einem 3-D-Drucker selbst zusammengebaut habe. Auch die Molotowcocktails und Splitterbomben, die er bei sich hatte, habe er selbst hergestellt, obgleich er handwerklich eigentlich nicht sonderlich begabt sei. Der finanzielle Aufwand für die Herstellung sei bescheiden gewesen, er habe Zinnfiguren, die er früher gesammelt habe, über eBay ver-

kauft. Die Patronen habe er gebraucht im Internet gekauft und selbst gefüllt. Er habe der ganzen Welt zeigen wollen, daß man Waffen sehr günstig herstellen könne.

Stephan B. hatte nach einem guten Abitur zunächst Chemie in Halle studiert, aber offenbar nach einer schweren Operation nicht ins Leben zurückgefunden. Er lebte zurückgezogen in einem kleinen Zimmer in der Wohnung seiner Mutter in einem Dorf bei Eisleben und sagte selbst über sich, er sei immer ein Einzelgänger gewesen. Seiner Familie zufolge hatte er keine Freunde, keine Partnerin und war auch in keinem Verein aktiv. Teilweise verbrachte er den ganzen Tag in seinem kleinen Zimmer am Computer, nicht einmal zum Staubsaugen durfte seine Mutter hineinkommen. Diese gab in einer Vernehmung an, ihr Sohn habe auf alles geschimpft. Auf Greta Thunberg, den Wetterbericht oder Frauen in der Politik. Immer wieder habe er die Fernsehkanäle durchgezappt, um ihr zu zeigen, daß weiße Frauen ständig mit farbigen Männern zusammen seien. B. erklärte, in Deutschland gebe es keine Redefreiheit, das sehe man schon am Verbot der Holocaustleugnung.

Auf seinem Computer sicherten die Ermittler zahlreiche Videos, auf denen Menschen auf brutalste Art umgebracht werden. Ein Film zeigt, wie der sogenannte Islamische Staat zwei türkische Soldaten bei lebendigem Leib verbrennt. Als Vorbild für seine Tat nannte Stephan B. den Attentäter von Christchurch, der im März 2019 in Neuseeland zwei Moscheen gestürmt, dabei 51 Men-

schen getötet und sich in der vergangenen Woche vor einem neuseeländischen Gericht schuldig bekannt hat. Über ihn habe er alles gesammelt und gespeichert. Helfer oder Mitwisser hatte Stephan B. offenbar nicht, wohl aber geistige Unterstützung im Internet. Den Angaben zufolge traf er sich im Netz anonym auf sogenannten Image Boards mit Gleichgesinnten vor allem aus den USA, die sich gegenseitig in ihrem Juden- und Frauenhaß bestärkten. [3]

Was Stephan B. mit seinem Bezug auf die "unzufriedenen weißen Männer" zusammenfaßt, ist Ausdruck seiner persönlichen Lebensgeschichte. Es repräsentiert zugleich das im Diskurs über Rechtsextremismus oftmals ausgeblendete Kernelement neurechter Gesinnung, die eine nationalistische, weiße und männliche Identität verabsolutiert und sich gegen Feindbilder wie Frauen, Ausländer und Minderheiten richtet, die sie einerseits als Bedrohung, andererseits als minderwertig einstuft. Im Osten Deutschlands sind dafür oftmals die nach dem Wegzug vieler Frauen in den Westen "zurückgebliebenen" jungen Männer empfänglich, die sich abgehängt fühlen. Das Leitmotiv der Identitären Bewegung, in einer bedrohten Lebensweise durch Konstitution angreifbarer Feinde ein Bewußtsein für das Eigene hervorzubringen, das Mann auf keinen Fall verlieren darf, zeichnet sich deutlich in der rassistischen und neonazistischen Denk- und Handlungsweise des Attentäters von Halle ab.

Von Abstiegsängsten gequält und verunsichert oder bereits verarmt, entwürdigt und ohne Perspektive,

kann dem Menschen in diesem Lande alles genommen werden, doch eines nicht: Der Stolz, ein weißer deutscher Mann zu sein! Diese ideologische Volte erlaubt die sofortige Feindbildproduktion in Gestalt all jener, die sich als "undeutsch" identifizieren lassen. Das können Frauen sein, die sich dem patriarchalen Anspruch nicht unterordnen, wie auch all jene, die sich dem Schema der Geschlechterzuweisung und Verkehrsformen nicht fügen. Das können geflohene Menschen, Muslime oder Juden, aber auch Kreise in Politik und Gesellschaft sein, die Fremden die Tür öffnen und eine Mischung der Kulturen befördern.

Wo die lebensgeschichtliche Erfahrung, abgehängt und mißachtet zu werden, nach einem Ventil für die aufgestaute Wut drängt, liefert die Rechte irrationale Antworten, es nämlich all jenen zu zeigen, die als vermeintliche Freßfeinde für das eigene Scheitern im erbitterten Konkurrenzkampf verantwortlich gemacht werden können. Daß dies in aller Regel Schwächere sind, ist dem Grundmuster nationalistischer und patriarchaler Selbstvergewisserung inhärent, das seine Stärke daraus zu gewinnen trachtet, für minderwertig befundene Menschen, Kulturen und Nationen zu verachten, zu diskreditieren, zu verfolgen oder gar zu vernichten. Im Land des ökonomischen Siegers zu leben und doch zu den Verlierern zu gehören wird auf diese Weise weit vor einer Analyse der Klassengesellschaft als Widerspruch entsorgt.

Das daraus extrahierte Fanal rechten Aufbruchs kann in verschiedenen Formen vorangetra-

gen werden, die weder pauschalisierend gleichzusetzen, noch strikt voneinander zu trennen sind. Wie allein die AfD zeigt, läßt sich das bislang parteipolitisch erfolgreiche Projekt in eine nationalneoliberale, eine nationalkonservative und eine völkische Strömung untergliedern, deren Machtkampf noch nicht endgültig entschieden ist. Jenseits dieser Partei finden sich zahlreiche Gruppierungen, Netzwerke und Personen, deren Spektrum vom intellektuellen Theoriebilder bis zum Straßenschläger, vom offenen agierenden Verlag bis zum konspirativen "führerlosen Widerstand" reicht. Von virtueller Anstachelung und Verschwörung ist der Übergang zu Gewalttaten fließend. Wie das Beispiel Stephan B. zeigt, kann auch und gerade ein sozial isolierter Einzeltäter, der nicht in realen rechtsextremen Strukturen eingebunden ist, wohl aber im Geiste virtuell kommunizierter rassistischer Abrechnungspläne seine Erfüllung sucht, mörderische Wirkung entfalten.

Anmerkungen:

[1] www.tagesschau.de/inland/halle-anklage-stephan-b-101.html

[2] www.n-tv.de/politik/Halle-Attentaeter-gesteht-und-nennt-Motiv-article21678033.html

[3] www.jungewelt.de/artikel/375578.rechter-terror-in-halle-balliet-wollte-mehr-menschen-töten.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1685.html>

COVID-19 - Evangelikale blasen zur Jagd ...

(SB) 31. März 2020 - Einmal mehr treibt bekennende ChristInnen die Frage um, wie Gott so etwas zulassen konnte. Die Coronaviruspandemie hat die Vereinigten Staaten fest im Griff, und es scheint erst der Anfang einer womöglich katastrophalen Entwicklung zu sein. Die naheliegende Antwort lautet in nicht wenigen Fällen, daß es sich um eine Strafe für die vielen Sünden handelt, die die Menschen wider die Gebote des Herren begangen haben. Dem Theodizeeproblem durch die Antwort zu entkommen, daß stets der andere schuld ist, ist seit alters her eine bewährte Strategie von extremer Vergeltungssucht befallener Kreuzritter, Hexenverbrenner und Moralapostel. Mit Feuer und Schwert ziehen sie gegen die Ungläubigen zu Felde, das gilt auch heute noch, wenn auch mehr in Form rassistischer und homophober Bezeichnungen.

Die grundmenschliche Strategie, bewährte Feindbilder aufzubauen und sich an ihnen abzarbeiten, fällt unter US-Evangelikalen auf besonders fruchtbaren Boden. Predigern, die ihr Geschäft mit Angst, Schuld und Bestrafung machen, fällt es naturgemäß schwer, eine Gelegenheit zur Feindbildproduktion ungenutzt vorüberziehen zu lassen.

Zu einer schon seit Jahrhunderten bewährten Diffamierung greift der evangelikale Pastor und Radiomoderator Rick Wiles auf der

Webseite TruNews. Synagogen seien von der Seuche verpestete Orte, wirbt Wiles um Zuspruch unter jenen Brüdern und Schwestern, die JüdInnen niemals vergeben haben, daß sie den von Gott gesandten Heiland ans Kreuz genagelt haben sollen. Um sich in der Synagoge nicht mit dem Coronavirus anzustecken, sollten JüdInnen im Namen von Jesus Christus bereuen, sich also zum Christentum bekehren, erst dann würde die Seuche stoppen [1]. Nur bei Gott sei Schutz zu finden, kommentierte Wiles den Tod eines an COVID-19 erkrankten Anwaltes, der LGBTIQ-Menschen vertrat, die von evangelikalem Schwulenhaß betroffen sind [2]. Der You Tube-Kanal von TruNews wurde schon 2019 gesperrt, doch dem Presseangebot des Weißen Hauses waren die Botschaften des homophoben und antisemitischen Eiferers schon mehrfach willkommen.

Laut dem evangelikalen Musiker Bo Gardiner bauschen die Medien die Pandemie auf, um Präsident Trump zu schaden. Er selbst werde von Gott vor dem Coronavirus geschützt, behauptete Gardiner, um kurz darauf als erster an COVID-19 erkrankter Patient im Bundesstaat North Carolina zu sterben [3]. Der populäre Reverend Steven Andrew hat den März zum "Repent of LGBT Sin Month" erklärt. Gottes Liebe zeige, wie wichtig es sei zu bereuen. In der Bibel sei zu lesen, daß Ho-

mosexuelle ihre Seelen verlieren und Gott die LGBT-Communities zerstören werde. Sich Gott zu unterwerfen schütze die USA vor Seuchen wie dem Coronavirus, so der Begründer des evangelikalen Bündnisses America Is On the Lord's Side [4]. Derartige Dominanzphantasien könnten auch ganz andere Assoziationen hervorrufen, wie die lange Liste evangelikaler Prediger zeigt, deren moralische Unbeflecktheit in flagranti dementiert wurde [5].

Für den ergebenen Trump-Anhänger und Präsidenten der evangelikalen Liberty University, Jerry Falwell jr., haben Nordkorea und China den Coronavirus in die Welt gesetzt, um die US-Wirtschaft und damit ihren Präsidenten zu schädigen. Falwell hat zuletzt mit seinem diktatorischen Führungsstil und seinen sexistischen Ansichten von sich reden gemacht [6], womit er bei diesem Präsidenten keinen Fehler machen kann. Trump hat mit seinen Machoeskapaden unter den Evangelikalen der USA keineswegs an Reputation verloren, ganz im Gegenteil. Öffentliche Auftritte beim Gebet im Weißen Haus haben den Präsidenten in die Aura eines von Gott gesandten Retters getaucht und die Zustimmung unter seiner christlichen Klientel weiter gefestigt. Der politische Einfluß der evangelikalen Rechten auf die US-Administration kann kaum überschätzt werden. Bei der Beurteilung des Ansehens von Donald Trump in der US-Bevölkerung ist nicht zu vergessen, daß bei der Frage, wer in den Vereinigten Staaten das Sagen hat, Zustimmungsraten weit weniger schwer wiegen als konkrete politische Macht, die maßgeblich von

christlich-evangelikalen Netzwerken ausgeht.

Von dieser Klientel ist nicht zu erwarten, daß sie am aktuellen Rettungsplan Trumps etwas aussetzen hat, der etwa Spielcasinos und Fluglinien mit Milliardenbeträgen unter die Arme greift, während die einkommensarme Bevölkerung mit Krümeln in Form einer Einmalzahlung abgespeist wird. Die evangelikale Rechte steht für all das, was die USA angeblich zur Nummer Eins auf dem Planeten macht. Wer dabei unter die Räder gerät, kann noch so viele Sünden bekennen und wird doch nicht mit am Tisch sitzen, wenn fürstlich gespeist und getrunken wird. Was Gott auch immer mit dem Virus vorhat, zur Zeit scheint die Last un-abgegoltener Sünden im Land der Freien und Mutigen so groß zu sein, daß alle noch so finster gezeichneten Feindbilder nicht ausreichen, um zu erklären, warum nicht nur JüdInnen, MuslimInnen, AbtreibungsbefürworterInnen und LGBTIQ-Menschen von der Pandemie betroffen sind.

Anmerkungen:

[1] <https://www.rightwing-watch.org/post/rick-wiles-says-god-is-spreading-the-coronavirus-in-synagogues-as-punishment-for-opposing-jesus/>

[2] <https://www.rightwing-watch.org/post/rick-wiles-says-coronavirus-death-of-lgbtq-lawyer-is-a-sign-of-gods-judgment/>

[3] <https://www.rawstory.com/2020/03/christian-pastor-who-thought-covid-19-is-just-mass-hysteria-among-the-first-in-virginia-to-die-from-virus/>

[4] <http://christiannewswire.com/news/107683567.html>

[5] <https://www.counterpunch.org/2020/02/17/megachurch-mess/>

[6] <https://www.marketwatch.com/story/sex-and-self-dealing-welcome-to-jerry-falwell-jrs-liberty-university-2019-09-09>

[7] <https://www.counterpunch.org/2020/03/27/gods-vengeance-the-christian-right-and-the-coronavirus/>

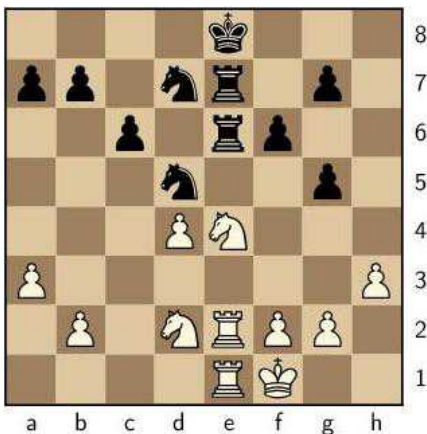
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/prop1519.html>

SCHACH - SPHINX

Kniff, Wendung und gezielter Schlag

(SB) - Kunstvoll sind mitunter die Wege, wie materielle Gewinne erzielt werden. Sie stecken voller Kniffe, geistreicher Wendungen und sind der Ausdruck elementarer Ausnutzung latenter in jeder Stellung vorhandener Lücken. Und sie werden gemeistert durch Erfahrung, selten, daß sie in einem Geistesblitz an die Oberfläche drängen. Wer sie beherrscht, beweist, daß er sich tief und gründlich mit der Materie befaßt hat. Sie gleichen nicht dem Herbeifliegen einer Idee, sondern sind das Produkt und die Summe vieler Analysestunden. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatten beide Seiten gleich viel Material, und es ähnelten sich auch die Aufstellungen der Figuren. Die massive Konzentration der Türme auf der e-Linie, verdeckt

durch den weißen Springer auf e4, ließ die Gedanken des Anziehenden in eine bestimmte Richtung gehen. In seinen Überlegungen kreuzten sich bestimmte Details. Der schwarze König stand auf der e-Linie hinter der Batterie der Türme. Der Gedanke der Fesselung rückte nicht mehr von ihm ab. Vor seinen Augen tanzten die Möglichkeiten einen wirren Reigen, aus dem sich endlich eine Stoßrichtung herauswuchtete. Nun, Wanderer, was hatte Weiß gesehen?



Glutow - Osipow
UdSSR 1978

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Den geopfertem Bauern konnte Weiß leicht und schulterzuckend verkraften, denn ein Endspiel drohte ihm nicht, da er mit 1.Te1xe6+! Ld7xe6 - 1...f7xe6 2.Ld3-g6# - 2.Ld3-b5+ Le6-d7 3.Ta1-e1+ die Partie sofort für sich entschied. Damenverlust war für Schwarz nicht mehr zu verhindern.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07227.html>

POLITIK / MEINUNGEN

Hunger - Verschärfung zu erwarten ...

(SB) 31. März 2020 - Die Bekämpfung der Coronaviruspandemie könnte den weltweiten Nahrungsmittelmangel dramatisch verschärfen, sagt der Chefökonom der FAO, Maximo Torero Cullen. Er fordert deshalb, einen Schlachtplan zu entwerfen, damit nicht die ärmeren Menschen, die unter anderem von neuen Handelsbeschränkungen, Unterbrechungen der Logistikkette und totalen Verlusten ihrer sowieso schon geringen Einnahmen geschädigt werden, Hunger leiden müssen.

Was der FAO-Vertreter nicht erwähnt: Weil schon heute über 820 Millionen Menschen Hunger leiden und zwei Milliarden Menschen unterernährt sind, ist nicht damit zu rechnen, daß die sogenannte internationale Gemeinschaft mit den verheerenden Folgen der Pandemie anders umgehen wird als mit der alltäglichen Hungerkatastrophe. Vor dieser werden nicht etwa die Augen geschlossen, sondern sie wird sehenden Auges in Kauf genommen.

Beispielsweise Indien. In Folge der landesweiten Ausgangssperre haben Millionen Arbeitsmigranten ihre geringfügige Einkommensquelle verloren und stehen nun ohne jedes ökonomisches Auffangnetz auf der Straße, oftmals weit entfernt von ihren Heimatdörfern oder ihrer Heimat Bangladesch. Indien ist sowieso schon das Land mit der weltweit

höchsten Zahl an Hungernden. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung könnten diese noch sehr viel weiter nach oben treiben.

Beispielsweise Deutschland, stellvertretend für die EU. Die Grenzen dicht zu machen, um Infektionsketten unter Kontrolle zu bekommen, ist eine Sache. Eine andere ist es, auf diese Weise wirtschaftlich aufs engste mit dem EU-Raum verbundene Staaten auszugrenzen. Oder den Export von Schutzmasken zu untersagen (gilt natürlich auch für Frankreich, China, Taiwan, Südkorea). Im Notfall wird also Protektionismus betrieben - die "anderen" müssen dafür einen hohen Preis entrichten.

Beispiel Afrika: In den 1960er Jahren waren viele Staaten Afrikas Nahrungsmittlexporteure. Doch seit Jahrzehnten folgen sie den Anforderungen internationaler Kreditgeber. Die westlichen Regierungen, die den wirtschaftlich unterlegenen Staaten abverlangt haben, ihre Staatsquote zu senken, die Zollschränken anzuheben, die Märkte zu öffnen und Privatisierungen zu fördern, haben sich selbst nicht daran gehalten, sondern ihre eigenen Märkte geschützt.

Zu diesem Mittel greifen nun einige Staaten, um der Coronaviruspandemie Herr zu werden. Kasachstan hat den Export von Weizenmehl verboten und unter an-

derem die Ausfuhr von Buchweizen, Zucker, Zwiebeln, Karotten, Kartoffeln und Sonnenblumenöl beschränkt. Vietnam hat den Abschluß neuer Reixexportverträge vorübergehend ausgesetzt. Das russische Landwirtschaftsministerium schlägt vor, von April bis Juni die Weizenexporte zu begrenzen. Ähnliches ist von der Ukraine zu erwarten.

Bereits die Verteuerung von Grundnahrungsmitteln, wie um das Jahr 2008 herum, hatte in rund drei Dutzend Ländern zu Unruhen geführt und Regierungen in Bedrängnis oder sogar zu Fall gebracht. Die aktuelle Pandemie könnte ähnliche Verknappungen erzeugen und entsprechende Reaktionen der Bevölkerung hervorrufen, was wiederum den Staaten den Vorwand für die Verschärfung der Repressionen liefern würde.

Es wird genügend Nahrung für alle Menschen produziert, heißt es immer wieder. Wenn nun davor gewarnt wird, daß Protektionismus und andere Maßnahmen der Pandemiebekämpfung die ärmeren Menschen in existentielle Not stürzen könnten, da sie über keinerlei finanziellen Rückhalt verfügen, dann trifft das zwar zu, aber es genügt nicht im mindesten zur Beschreibung der Not und ihrer Voraussetzungen. Die Hungerkatastrophe tritt nicht erst morgen ein, falls weitere Staaten ihre Nahrungsexporte beschränken, sondern läuft jetzt, in dieser Minute, ab. Jene 820 Millionen Hungernden sind Bestandteil der gegenwärtig vorherrschenden globalen Produktionsverhältnisse, und mit der Behauptung, daß ja eigentlich genügend Nahrung produziert wird, wird dieser Umstand ignoriert.

Wovor der FAO-Ökonom warnt, dürfte weiterhin die Wahl des Mittels bleiben. Es muß mit einer Steigerung der Nahrungsnot gerechnet werden. So ist Italien eigentlich nicht für Nahrungsmittellengpässe bekannt. Doch dort weigern sich bereits einige Menschen, an der Supermarktkasse zu bezahlen. Und in Palermo wurde ein Supermarkt überfallen.

Als die Coronaviruspandemie die USA erreichte, gingen die Verkaufszahlen für Schußwaffen in die Höhe. Die Menschen bereiten sich auf Verhältnisse vor, in denen sich der Staat noch mehr aus der Versorgungsleistung der Bevölkerung zurückzieht, als er es sowieso schon getan hat. Der Instinkt dürfte die Leute nicht getäuscht haben, läßt doch die Regierung allein schon durch die Verzögerung und Vermeidung machbarer Seuchenbekämpfungsmaßnahmen Menschen über die Klinge springen.

Nicht nur die US-Regierung wird bei der wahrscheinlich bevorstehenden Lebensmittelverknappung zu administrativen Maßnahmen greifen, wie sie heute schon von Ärztinnen und Ärzten angesichts der Knappheit von Mitteln praktiziert wird: Triage. Wer an der Lungenkrankheit Covid-19 erkrankt ist und künstlich beatmet werden müßte, wird "bewertet", falls nicht genügend Beatmungsgeräte zur Verfügung stehen. Ethiker in Italien empfehlen in diesem Zusammenhang als eines von mehreren Kriterien, die Zahl der zu erwartenden Lebensjahre heranzuziehen, ob eine Person künstlich beatmet wird oder nicht. Das richtet sich direkt gegen alte Menschen.

Allerdings setzt die Triage oder besser, das Unterscheiden von Menschen, viel früher an. So steht nicht jedem krebserkrankten Menschen in Deutschland das wirksamste und teuerste Medikament zur Verfügung. In den USA begeben sich Menschen, die Symptome einer Sars-CoV-2-Infektion aufweisen, gar nicht erst ins Krankenhaus, weil sie die Rechnung für den Test nicht bezahlen können. Im Zweifelsfall stirbt deshalb ein Teil der ärmeren Menschen vorzeitig.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind so beschaffen, daß das gleiche Sterben auch dann arrangiert würde, wenn die Nahrung knapp wird. Doch auch dafür gilt, daß damit kein zukünftiges Geschehen beschrieben wird, sondern bestehender Alltag. Viele Menschen auch in der westlichen Welt können sich keine gesunde Nahrung leisten, erkranken daran und sterben vorzeitig. Ärmere Menschen haben im Durchschnitt ein zehn Jahre kürzeres Leben als reiche.

Was bedeutet das für die Covid-19-Bekämpfung? Erstens werden die Nationalstaaten versuchen, ihre Bevölkerungen zu schützen, indem sie Nahrungsmittel einbehalten oder gegebenenfalls zu Preisen auf dem Weltmarkt erwerben, die sich andere nicht leisten können. Zweitens werden sie im Falle einer weiteren Verknappung die bereits im System angelegte Mangelverwaltung qualifizieren und Nahrung nur jenen zukommen lassen, die es wert sind, also an denen Interesse besteht. Beispielsweise gesellschaftliche Funktionseliten, Politiker, Sicherheitskräfte.

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Aufruf an die G20: investiert in das Gesundheitswesen statt weiterer Militarisierung

von International Peace Bureau, 29. März 2020

IPB fordert eine dramatische Reduzierung der Militärausgaben zugunsten der Gesundheitsversorgung und sozialer Leistungen.

Die älteste Friedens-NGO der Welt, die mit dem Nobelpreis ausgezeichnete IPB, hat die Regierungen der G20, die sich in der kommenden Woche auf virtuellem Wege versammeln, dazu aufgerufen, eine Botschaft des Friedens und der Solidarität an die Welt zu senden, wenn sie sich mit

dem globalen Gesundheitsnotstand befassen.

Dies ist die Zeit, eine neue Seite in den globalen Beziehungen zu öffnen, um geopolitische Spannungen zu überwinden, Stellvertreterkriege zu beenden und einen Waffenstillstand für die vielen Konflikte auf der ganzen Welt auszurufen, die alle eine globale Solidarität in dieser Krisensituation behindern.

Wir müssen den Schatten des Krieges und des militärischen Engagements, die die globale Zusammenarbeit in den letzten Jahren verdunkelt haben, aufheben und daran arbeiten, dass ein Geist des Friedens und der Solidarität herrscht.

Die IPB hat die Aufmerksamkeit der Welt seit langem auf die zunehmende Dynamik des globalen Wettrüstens gelenkt. Unsere Gemeinschaften zahlen einen hohen Preis für ein Wettrüsten, das Ressourcen von den grundlegenden Gesundheits- und Wohlfahrtsbedürfnissen der Menschen abgezogen hat.

Wir alle zahlen einen hohen Preis für eine gescheiterte Politik und unangebrachtes, vom Markt ge-

lenktes Wirtschaften, die unsere Möglichkeiten zur Bewältigung dieser Notlage, die die Schwächsten am härtesten getroffen hat, geschwächt haben.

Stress im Gesundheitswesen

Wir sehen jetzt die Folgen der Unterinvestition in die Infrastruktur des Gesundheitswesens, in Krankenhäuser und Personal.

Die Krankenhäuser sind überlastet, die Krankenschwestern sind erschöpft, das Material ist knapp, und es wird auf Leben und Tod entschieden, wer Zugang zu der knappen Zahl von Beatmungsgeräten haben kann und wer nicht. Ärzte und Krankenschwestern werden durch die Verantwortungslosigkeit vergangener politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen behindert.

Überall auf der Welt stoßen die Gesundheitssysteme an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, und die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht unter massivem Druck.

Der Coronavirus-Notstand zeigt, in welchem geschwächtem Zustand sich unsere Gesellschaften befinden.

Fortsetzung von Seite 10:

Die Warnung des FAO-Ökonomen vor den Folgen des Protektionismus gründet im Liberalismus. Grundlage beider Konzepte bildet allerdings der Staat als Organisationsform der Gesellschaft. Er regelt in Zeiten der Pandemie wie in "normalen" Zeiten, in der Menschen fügsam ihrer Lohnarbeit nachgehen, die Produktionsverhältnisse und damit auch die Versorgung und Nicht-Versorgung der Bevölkerung.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1369.html>

den, um die Menschen zu schützen: Eine vom Profit der Shareholder Value und Sparmaßnahmen getriebene Welt hat unsere Fähigkeit zur Verteidigung des Gemeinwohls geschwächt und Menschenleben im globalen Maßstab in Gefahr gebracht.

ArbeiterInnen und Angestellte, die sich vor Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten fürchten, sind versucht, krank zur Arbeit zu gehen. Ältere Menschen sind verletzlich und brauchen Hilfe. Das Virus trifft die Schwächsten am härtesten. Privatisierung, Sparmaßnahmen und das neoliberale System haben die lokalen, regionalen und nationalen Gesundheitsdienste an den Rand des Zusammenbruchs gebracht.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Zahl der im Gesundheitswesen tätigen Ärzte und anderer MitarbeiterInnen in den westeuropäischen Ländern um ein Drittel zurückgegangen. In Italien wurde das Gesundheitsbudget in den letzten Jahren um 37 Milliarden Euro gekürzt. Die WHO warnt davor, dass bis 2030 18 Millionen Beschäftigte im Gesundheitswesen fehlen werden.

Die Kommunen brauchen dringend Unterstützung, um die Zahl der verfügbaren MitarbeiterInnen zu erhöhen. Und nun fordert diese Politik ihren Tribut, vor allem dort, wo in den letzten Jahren Krankenhäuser massiv geschlossen (oder zugunsten der Reichen privatisiert) wurden, was in einigen (vor allem ländlichen) Regionen zu einer Einschränkung der Grundversorgung geführt hat.

Wir können bereits jetzt Lehren für die Zukunft ziehen:

- Gesundheit ist ein Menschenrecht für Jung und Alt, für alle Menschen in allen Teilen der Welt.

- Gesundheits- und Krankenpflege darf niemals nach Profitinteressen ausgerichtet und durch Privatisierung zerstört werden.

- Die Bedeutung menschenwürdiger Arbeit für das gesamte Gesundheitspersonal und kontinuierliche Investitionen in ihre Aus- und Weiterbildung sind absolut notwendig

Zeit für einen globalen Sozialvertrag

Mit jeder Stunde wird das ganze Ausmaß der Krise deutlicher. In dieser Woche berichtete die IAO über die Folgen für den Arbeitsmarkt:

- Ein potenzieller Verlust von 25 Millionen Arbeitsplätzen drohen, das ist mehr als die während der Finanzkrise von 2008 verlorenen.

- Es wird erwartet, dass die Armut erheblich zunehmen wird, wobei bis zu 35 Millionen zusätzliche Menschen betroffen sein könnten.

- Die Einkommensverluste der ArbeiterInnen und Angestellte könnten 3,4 Billionen Dollar erreichen.

Wir unterstützen die Bemühungen der Gewerkschaftsbewegung auf globaler, regionaler und nationaler Ebene in ihrer Forderung nach einem neuen Sozialvertrag.

Wir unterstützen ihre Forderung nach wirtschaftlichen Maßnahmen und Ressourcen zum Schutz von Arbeitsplätzen, Einkommen, öffentlichen Diensten und dem Wohlergehen der Menschen.

Dies alles erfordert eine Verpflichtung der Wirtschaft, die Menschen in Arbeit zu halten, und die Unterstützung, die ihnen von ihren Regierungen zugesagt wird, muss davon abhängig gemacht werden, dass sie sich an den Sozialvertrag für Arbeitsplatzsicherheit und Einkommen halten.

G20: Priorität für Abrüstung

Die Welt gibt jedes Jahr 1,8 Billionen Dollar für Militärausgaben aus, und es ist geplant, in den nächsten 20 Jahren eine Billion Dollar für neue Atomwaffen auszugeben. Weltweite Militärübungen kosten jedes Jahr mehr als eine Milliarde Dollar, und in den führenden Volkswirtschaften der Welt nehmen die Waffenproduktion und die Waffenexporte zu. Die G20 kann diese Tatsachen nicht unter den Teppich kehren.

Die Militärausgaben sind heute um 50 Prozent höher als am Ende des Kalten Krieges. Sie liegen bei über 1.800 Milliarden US-Dollar pro Jahr, während die NATO von ihren Mitgliedern weitere Erhöhungen fordert.

Die bisherige internationale Rüstungskontrollpolitik des Kalten Krieges berücksichtigt nicht, dass Länder wie China, Saudi-Arabien und Indien ein wichtiger Faktor im globalen Wettrüsten sind. Diese Länder müssen in die so dringend erforderlichen globalen Abrüstungsbemühungen einbezogen werden.

Die G20 sind für 82 Prozent der weltweiten Militärausgaben verantwortlich, machen fast alle Waffenexporte aus und halten 98

Prozent der weltweiten Atombomben auf ihrem gemeinsamen Territorium. Die G20 ist die gemeinsame Plattform, die die Hauptakteure im globalen Wettrennen zusammenführt.

Darüber hinaus werden Milliarden für die militärische Forschung ausgegeben, Geld, das besser in die Gesundheit und die menschlichen Bedürfnisse sowie in die Forschung zur Unterstützung des Kampfes gegen den globalen Klimawandel investiert werden sollte.

Die Militarisierung ist der falsche Weg für die Welt; sie schürt Spannungen und verstärkt das Kriegs- und Konfliktpotential und verschärft die bereits erhöhten nuklearen Spannungen. Dennoch wird die politische Architektur, die zur Kontrolle der nuklearen Expansion und Abrüstung geschaffen wurde, ignoriert und zerstört.

Das im Februar veröffentlichte Bulletin of atomic science mit der Weltuntergangsuhr 2020 hat diese auf 100 Sekunden vor Mitternacht vorgestellt. So nah war es in seiner 70-jährigen Geschichte noch nie an Mitternacht - die Gefahren der Atomwaffen und die Klimaveränderungen hat den Sekundenzeiger vorrücken lassen.

Die Regierungschefs der Welt müssen Abrüstung und Frieden wieder in den Mittelpunkt der Politikgestaltung stellen.

Die führenden Politiker der Welt müssen eine neue Abrüstungsagenda entwickeln, und dazu gehört auch das Verbot von Atomwaffen. Wir fordern die Regie-

rungen erneut auf, sich dem TPNW anzuschließen.

Ohne Abrüstung behindern sie den Kampf gegen künftige Gesundheitspandemien, die Ausrottung von Armut und Hunger, die Bereitstellung von Bildung und Gesundheitsversorgung für alle sowie die Verwirklichung der Ziele der SDG 2030.

Abrüstung ist einer der Schlüssel zur großen Transformation unserer Volkswirtschaften, um sicherzustellen, dass die Menschen und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen; Volkswirtschaften, das die ökologische Herausforderungen - vor allem die Herausforderungen des Klimawandels - gelöst und globale soziale Gerechtigkeit angestrebt wird.

Mit der Abrüstung, der Umsetzung der SDGs, einem globalen Sozialvertrag und einem neuen globalen grünen Friedensabkommen können wir die Herausforderungen der Coronavirus-Pandemie angehen.

Wir wissen aus der Geschichte unserer eigenen Organisation und vieler unserer Mitgliedsorganisationen, dass in solchen Krisen vor allem die Demokratie verteidigt werden muss, und zwar besonders gegen zunehmend autoritäre Staaten.

Wir rufen zu einer Kultur des Friedens auf. Ein friedlicher Weg bedeutet, dass wir eine globale Strategie, einen globalen Gesellschaftsvertrag und eine globale Zusammenarbeit brauchen, um eine weltweite Entwicklung zu gewährleisten. Das wird die menschliche Solidarität des 21. Jahrhunderts sein - für und mit den Menschen.

IPB ist willens und fähig, an der Etablierung dieses friedlichen Weges zu arbeiten - in Zusammenarbeit mit Partnern in der ganzen Welt. Deshalb sagen wir, dass eine Initiative der G20 für Abrüstung notwendig ist, um von einer Kultur der Militarisierung zu einer Kultur des Friedens überzugehen. Dies ist sowohl dringend erforderlich als auch notwendig.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmap0008.html>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Argentinien

24. März - Die Fahne in unseren Herzen



Foto: © Marcha

Wegen der Pandemie ist es ein untypischer 24. März, an dem wie jedes Jahr die Fahnen für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit erhoben werden.

(Buenos Aires, 24. März 2020, Marcha) - Es ist der erste 24. März unter der Regierung von Alberto Fernández. Ein Tag, der in der Tradition des Respekts und für eine Politik der Erinnerung, der Wahrheit und der Gerechtigkeit steht. Es ist ein Tag, den wir dieses Mal nicht wie sonst begehen können. Es wird ein untypischer Tag werden, dieser erste 24. März in der Ära Post-Macri. Er wird uns Bilder von leeren Straßen und Plätzen bringen, weil es notwendig ist, sich an die von der Regierung verordnete Quarantäne zu halten.

Empörung, Erinnerung, Kampf für die 30.000

Am 24. März erinnern wir an den Beginn der dunkelsten Nacht vor 44 Jahren. Ein durch das Militär besetzter Staat entführte Menschen, folterte und ließ sie verschwinden. Er behielt ihren Besitz, beschlagnahmte ihre Babys, deren Identitäten bis heute nicht bekannt sind und versuchte, die Geschichte zu löschen, um seine eigene zu schreiben. Dieser Staatsterror produzierte ein Grauen, dessen Verantwortliche immer noch nicht verurteilt sind. Mörder wie Astiz oder Etchecolatz verlangen, ihre Strafe zuhause absitzen zu dürfen - und sie sind nicht die Einzigen.

Unter so vielen anderen sticht die erschreckende Zahl von fast 60

ehemaligen Unterdrückern ins Auge, die fordern, ihre Haft zuhause antreten zu dürfen. Es ist wichtig hervorzuheben, auch wenn es finster erscheint, dass heute schon hunderte Völkermorde in der Annehmlichkeit der eigenen vier Wände verbüßt werden.

Mit dieser aktiven Erinnerung begehen wir den Gedenktag. Jeden 24. März erwarten wir die Entschlossenen, auf dass sie Straßen und Plätze füllen, um uns zu versammeln und die Träume und den Kampf der 30.000 Opfer des Staatsterrors wiederaufzunehmen. Wir empören uns, erinnern uns, denken nach und jedes Recht, für das wir noch streiten müssen, motiviert uns.

Das Virus bringt die Verwundbarkeit der Grundrechte ans Licht

Auch die Verbreitung des Coronavirus leistet hier ihren Beitrag. Sie hat die Notwendigkeit eines stabilen öffentlichen Gesundheitssystems und die Großzügigkeit Kubas aufgezeigt. Mit dem Virus wurden liberale Ansprüche erhoben, außerdem hat es hierzulande wieder die Verwundbarkeit der Grundrechte derer ans Licht gebracht, die keine feste Bleibe

haben, informell beschäftigt sind oder keinen Zugang zu wichtigen Information haben. Es hat sich bestätigt, was viele schon angeklagt hatten. Dafür ist es umso unerlässlicher, dass sich das Schicksal der 30.000 niemals fortsetzt.

Trotzdem sind sie hier, sind wir hier. Zwar ohne die Fahnen unserer Träume ausbreiten zu können, aber dafür rollen wir sie aus in unseren Herzen, für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit. Und für die Menschenrechte von gestern, heute und morgen.

Zivile Komplizenschaft in der Regierung Macri

Erst vor ein paar Monaten sind vier Jahre zu Ende gegangen, in der die Exekutive von einer Regierung geführt wurde, die von zivilen, finanziellen und kommerziellen Komplizen der Diktatur durchsetzt war - Komplizen, die nie verurteilt wurden. Eine Regierung, die es wie keine zuvor wagte, in ihrer staatlichen Vormachtstellung verleugnende Positionen einzunehmen und zu versuchen, die Geschichte zu manipulieren. Sie versuchte, dem Gemeinwohl die unseligsten Ausdrücke von Versöhnung sowie die Theorie der zwei Teufel einzupflanzen (als "teoría de los dos demonios" wird die Auffassung bezeichnet, dass die Akte von Gewalt und Terrorismus durch den Staat während der Militärdiktatur in irgendeiner Form mit den Gewaltakten von Guerrilla-Organisationen gegen demokratisch gewählte Regierungen oder ebenjene Militärregierung vergleichbar wären).

Ex-Präsident Mauricio Macri, Mitglied einer der Familien, die

sich in der Diktatur 1976-1983 am meisten bereicherten, war selbst Vorreiter dieser Linie. Und sogar der damalige Generalsekretär für die Menschenrechte in Argentinien



en, Claudio Avruj, unterstützte diese Positionen auf peinlichste Art und Weise, als er am 2. März 2017 erklärte: "Die 30.000 sind eine Konstruktion." Auch auf unsere jüngste Vergangenheit müssen wir die aktive Erinnerung also anwenden. Während die Vergangenheit den meisten als ein offenes Buch für die Enthüllung der Staatsverbrechen galt, versuchte eine mächtige Gruppe dessen Seiten zu versiegeln.

Menschenrechtsorganisationen wie die Madres wurden auch unter Macri verfolgt

In diesem Trott vergingen vier Jahre, in denen unsere Mütter und Großmütter von der Regierung erniedrigt, beleidigt und schlecht behandelt wurden. Ausgehend vom "Feierabend für die Menschenrechte" (Zitat des Anwalts freigesprochener Oppressoren aus der Militärdiktatur) wurde ihnen und den verschiedenen Menschenrechtsorganisationen in dieser Kampagne sogar die Verfol-

gung versprochen, verwirklicht durch öffentliche Schmähungen und Polizeiautos vor dem Sitz der Madres (Asociación Madres de Plaza de Mayo) in Buenos Aires.

Ein Meer aus den weißen Tüchern der Madres

Foto: © Marcha

Jeden 24. März mussten wir die Straßen mit unseren Parolen überfluten, aber auch an jedem anderen Tag in unserem studentischen, beruflichen oder aktivistischen Umfeld. Es ist nicht so, dass wir das früher nicht getan hätten oder jetzt damit aufhören würden. Nein, wir haben die Pflicht, ebensolche "Prozesse" (Proceso: Bezeichnung der Militärregierung 1976-1983) sichtbar zu machen und zu kritisieren. Diese Prozesse sind verwandt mit dem gewaltsamen Verschwindenlassen und dem nachträglichen Verbrechen an Santiago Maldonado oder der Erschießung von Rafael Nahuel. Auch sind sie verwandt mit Kräften der inneren Sicherheit, die sich - den Finger immer am Abzug - in einer Art und Weise aufspielten, wie es seit der Rückkehr zur Demokratie nicht mehr gesehen war. Hunderttausende mobilisierten sich, um das 2x1-Gesetz für Genozide

zu verhindern (Gesetz, das den ehemaligen Unterdrückern kürzere Haftstrafen ermöglichte). Wir heben jede*n wiedergefundene*n Enkel*in hervor, jedes verteidigte Recht, jede Errungenschaft und jedes Mal, an dem sich die Straßen trotz der tauben Ohren der Regierung füllten.

Die Jahre des Macrismo waren ein Meilenstein in jener Demokratie, die uns immer noch so viel schuldet. Es waren Jahre des standhaften Kampfes für Wohnen, Gesundheit, öffentliches Bildungswesen und würdige Arbeit. So konnten unsere Zeitgenoss*innen bestmöglich denen Ehre darbringen, die uns vorangegangen waren.

Der Feminismus vorneweg

Schon in den ersten Jahren nach der Rückkehr zur Demokratie gab es einen Meilenstein: 1986 fand das erste Treffen der Frauen auf Nationalebene statt, ein Ergebnis von Jahren der Forderungen und der Organisierung, von denen die offizielle Geschichte nichts erzählt. Heute sprechen wir bereits vom Plurinationalen Treffen der Frauen und Queers.

Der feministische Kampf hatte immer eine große Dynamik, er stellt nicht nur die historischen Forderungen der Frauen und Queers wie die legale, sichere und kostenlose Abtreibung, sondern attackiert all jene Strukturen unserer Gesellschaft, die nach den Parametern des Patriarchats und Machismos organisiert sind. So wurden die Rechte von Menschen mit nicht-binären Identitäten vorangetrieben und auch Arbeits- und Machtverhältnisse zur Dis-

kussion gestellt wie seit langem nicht mehr. Sogar die eigenen liberaleren Perspektiven wurden hinterfragt, ohne jedoch das Grundsätzliche infrage zu stellen.

Errungenschaften der grünen Flut

Während der Jahre des Macrismo überflutete das Grün des Feminismus die Straßen und forderte vor dem Kongress das Recht auf lega-



le, sichere und kostenlose Abtreibung, wobei es für dieses heute weiterhin streitet wie nie und die Kampagne in diesem offenen Prozess vorantreibt.

Mit dem Wandel der politischen Tatsachen wird man über die Orientierung diskutieren können. Aber die Existenz eines eigenen Ministeriums für Frauen, Geschlechter und Vielfalt ist auch eine Errungenschaft dieser Bewegung.

Gleichheit und Solidarität statt Egoismus und Wettbewerb

Wir könnten noch viel mehr über die Errungenschaften des Feminismus erzählen, die nicht nur dem Wohl der Frauen dienen,

auch wenn man jenes eigentlich gar nicht zu erwähnen braucht. Hervorzuheben ist auch die Forderung nach Umsetzung einer kritischen und modernen Sexualerziehung, sowie die nach der Betreuung und Begleitung für jede missbrauchte Frau, ebenso wie die entschlossene Verurteilung von Gewalt- und Sexualstraftätern. Hinter allem steht die Forderung nach einem System, das auf Gleichheit und Solidarität statt auf Egoismus und Wettbewerb fußt.

... und ein Meer aus den grünen Tüchern der Bewegung für ein Recht auf legale und kostenlose Abtreibung

Foto: © Prensa Obrera, CC BY 4.0
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Natürlich sind viele Gräben zu füllen und Streitereien beizulegen, sogar innerhalb der Bewegung. Trotzdem ist die Zuspitzung unabdingbar, denn eben jene Geschichtsschreibung, die große Frauen und trans Personen uns vorausgehender Ereignisse versteckt, ist die gleiche, die Verletzung, Schikanierung und Missbrauch an den Unterworfenen nicht anklagt. Nicht zu vergessen die so einflussreiche Rolle, die jene Unterworfenen in der

Organisation, dem Widerstand und dem Kampf vor dem Hintergrund des Genozids innehatten. Für sie muss es heißen *Nunca más* ("Nie wieder!"). Für uns dagegen: *Para siempre* ("Für immer").

Wie können wir die Geschichte nicht nur als bloße Chronik verstehen?

Dieser 24. März wird untypisch in vielerlei Hinsicht sein. Zum ersten Mal wird man sich die Umarmungen sparen, kein Mate wird von Hand zu Hand gehen. Wir werden nicht gemeinsam lachen können, nicht gemeinsam Tränen vergießen. Auch die Bilder jener, die heute so lebendig sind wie nie, die Rufe der Gegenwart, "jetzt und immer", und die besondere Atmosphäre, die die Plätze und Straßen am 24. März normalerweise bestimmt, werden fehlen. Eine Stimmung, die die Kraft der Erinnerung verbreitet, die Liebe mit Schmerz, Weinen mit Lachen, Errungenschaften mit Schulden, alten mit neuem Schmerz verschmelzen lässt. Die uns umarmt und uns die Erinnerung zurückbringt, Wahrheit, um weiterzumachen.

Die Militarisierung auf den Straßen

Und trotzdem ist mit Sicherheit die größte Besonderheit, dass, zum ersten Mal seit 1986, der 24. März eine Gesellschaft vorfinden wird, die in den Häusern eingesperrt ist. Jede*r bleibt für sich, während Polizei, Gendarmerie und Präfektur die Straßen beherrschen, einen möglichen Ausnahmezustand erwartend. Dieser trifft uns vor einem untypischen

wie fraglichen Hintergrund. Kurz nach den letzten vier Jahren, in denen Polizeikräfte den Finger oft beängstigend schnell am Abzug hatten, die Gendarmerie Schuld am Verschwinden und der Ermordung von Santiago Maldonado hatte, die Präfektur Rafael Nahuel ermordete, der Administration für diese bewaffneten Kräfte Kontrollmechanismen zur Verfügung stehen, die vernachlässigbar und außerdem völlig veraltet sind, scheint es, dass uns die gegenwärtige Militarisierung auf den Straßen weit zurückwirft.

Die Schulden an der Demokratie sind auch nach 44 Jahren immer noch hoch. Der durch das Virus hervorgerufene Ausnahmezustand bringt uns auf den Boden der Tatsachen zurück. Jene drei staatlichen Kräfte beherrschen heute mit tausend Verhaftungen täglich die Straßen der Siedlungen und der seit Beginn der Demokratie ausgegrenzten Stadtviertel, unabhängig von der jeweiligen Regierung. Es sind Kräfte, die die Gewalt monopolisieren und Autoritäten einsetzen, die über Staat und Verfassung stehen sollen, mit Gewalt und Festnahmen nach Lust und Laune.

Die Pandemie bringt auch prekarierte Realitäten ans Licht

Die Quarantäne bringt uns, abseits von Netflix, Schokolade, Büchern oder Siesta auch die Realität jener Arbeiter*innen, die ausgeschlossen oder prekariert sind, näher. Sie können sich nicht dem Vergnügen hingeben, zuhause bleiben, weil es für sie keine Pandemie gibt, die sie ernähren kann. Oder die Realität in einer misslichen Behausung zu leben,

nur mit eingeschränktem Zugang zu den wesentlichen Dienstleistungen. Laut der letzten Erhebung des argentinischen Statistikinstituts INDEC leben auf argentinischem Staatsgebiet fast einhalb Millionen Menschen in beengten Verhältnissen.

Vor diesem Hintergrund tritt nun ein großer Teil der Gesellschaft auf die Balkone und ruft "Bleibt zuhause", gefolgt von Beleidigungen und der Rechtfertigung der Militärpräsenz auf den Straßen für "Vorsicht und Sicherheit". Die Medien berichten rund um die Uhr über diejenigen, die sich nicht an die Quarantäne halten, zeigen diese Freiheitsberaubungen im Stile von Big Brother und präsentieren Vorteile des Ausnahmezustands und eines Militärs, das die sozialen Aufgaben übernimmt.

Aktiv zu erinnern heißt auch, neue und aktuelle Fragen aufzuwerfen

Die große Herausforderung dieses 24. März wird sein, all die traditionell großen Mobilisierungen dieses Tages in der Individualität unserer eigenen vier Wände zu multiplizieren. Die pompösen Hashtags und Instagram-Stories von den Balkonen werden ihren Teil beitragen. Aber wir müssen die aktive Erinnerung als Aufgabe verstehen, die uns dazu herausfordert weiterzugehen, weiterzudenken, unseren Gesellschaftsentwurf zu überdenken und an diesem zu feilen. Wir müssen uns fragen, warum es in einer Situation von Krise, Solidarität und gesellschaftlicher Verantwortung notwendig sein sollte, dass es repressive bewaffnete Kräfte auf

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

den Straßen gibt. Wir müssen aufhören, uns in so simple Kategorien aufzuteilen wie die Zuhause-Bleiber und die Rausgeher, ohne nach dem Warum zu fragen. Außerdem müssen wir darüber nachdenken, was passieren wird, wenn dieses oder irgendein anderes Virus sich in einem der überfüllten Viertel ausbreitet, mit beengten Häusern und Körpern mit schwachen Immunsystemen. Und wir müssen diskutieren, was die Rolle von Wirtschafts- und Finanzmächten in solchen Krisen sein sollte.

Die Demokratie ist unsere größte Errungenschaft aus dem vergangenen Jahrhundert. Aber es gilt, unsere hohen Schulden an den Menschenrechten zu begleichen. Schulden, die sich erneuern und dringlich sind. Unsere Kraft schöpfen wir aus der Erinnerung und der Präsenz von 30.000 Gefährt*innen. Sie sind unsere Kraft und unser Trumpf.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/24-maerz-die-fahne-in-unseren-herzen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmsp0940.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Chile

Deutsch-chilenischer Folterer lebte unbehelligt im Rheinland

von Ute Löhning

Vier Jahre lang lebte der in Chile wegen mehrfachen Mordes verurteilte Ex-Militär Walther Klug Rivera unbehelligt in Deutschland. Erst jetzt steht er dort wieder vor Gericht.

(Berlin, 26. März 2020, taz/npla)

- Vier Jahre lang lebte der in Chile wegen mehrfachen Mordes verurteilte Ex-Militär Walther Klug Rivera unbehelligt in Deutschland. Erst bei einer Reise nach Italien wurde der über Interpol gesuchte Deutsch-Chilene im Sommer 2019 verhaftet. Anfang Februar hat Italien den 69-jährigen Offizier a.D. nach Chile ausgeliefert. Dort steht er jetzt wieder vor Gericht.

Seit den ersten Tagen nach dem 11. September 1973, als General Pinochet sich in Chile an die Macht putschte, leitete Walther Klug Rivera [1] ein Gefangenen- und Folterlager im Süden Chiles. Der damals 23-jährige Oberleutnant Klug richtete dieses in den Pferdeställen des 3. Infanterieregiment Los Ángeles ein. Hunderte Gefangene wurden dort gefoltert, viele von ihnen ermordet. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen gingen die meisten der über hundert Verschwundenen aus der südchilenischen Bio-Bio-Region durch dieses Lager. Überlebende Gefange-

ne [2] beschreiben Klug als besonders brutal und sadistisch. Die chilenische Menschenrechtsanwältin Patricia Parra, die Familienangehörige von Verschwundenen gegen Klug vertritt, bezeichnet ihn - neben den Leitern des Regiments und der dort operierenden militärischen Geheimdienstabteilung - als Hauptverantwortlichen für Folter und Mord in diesem Militärstützpunkt.

Verurteilung nach 40 Jahren

Dennoch konnte Klug seine Karriere - während der Diktatur bis 1990 und auch danach - fortsetzen und stieg bis zum Oberst auf. Erst im Oktober 2014, kurz nach seiner Pensionierung, verurteilte [3] Chiles Oberster Gerichtshof ihn rechtskräftig zu einer Haftstrafe von zehn Jahren wegen Beteiligung am Mord von sieben bzw. dem Verschwindenlassen von vierzehn weiteren Arbeitern aus den Wasserkraftwerken El Toro und El Abanico in der Nähe der Stadt Los Ángeles im Jahr 1973. Weitere Strafprozesse gegen ihn wegen Verschwindenlassens von Gefangenen stehen noch aus.

Doch Klug entzog sich der Justiz. Im November 2014 erhielt er - dessen Großvater aus Deutsch-

land stammte - in der deutschen Botschaft in Santiago einen deutschen Pass und floh kurz darauf aus Chile. Hätte die Botschaft Klug die Ausgabe des Reisepasses verweigern können oder sogar müssen? Aus dem Auswärtigen Amt heißt es dazu, die Auslandsvertretungen prüften, "ob der Antragsteller im deutschen Fahndungsbuch gelistet ist", da das einen Hinderungsgrund für die Ausstellung oder Ausgabe eines Passes darstellen könne. Mit Fahndungslisten der Gastländer finde kein Abgleich statt.

Trotz Verurteilung Pension vom chilenischen Staat

Da auch die chilenischen Behörden Klugs Flucht nicht verhindern konnten, kam er Ende 2014 nach Deutschland und lebte seitdem über vier Jahre unbehelligt in der rheinland-pfälzischen Kleinstadt Vallendar; das bestätigt die Vermieterin der Wohnung, in der er dort lebte, gegenüber der taz. Sie beschreibt ihn als korrekt auftretenden Menschen, der kein Deutsch sprach und es auch im Laufe der Jahre nicht gelernt habe. Seine Miete habe er immer pünktlich in bar bezahlt - wenn er wegfuhr, auch mal für ein paar Monate im voraus.

Um Geld musste sich Klug nicht sorgen. Denn der chilenische Staat zahlte ihm als pensioniertem Offizier jeden Monat eine Pension. Die Rechtsanwältin Parra kritisiert die in Chile übliche Praxis, dass auch verurteilte Militärs solche Privilegien genießen. Seinem Dienstgrad entsprechend erhält Klug bis heute ein Basisentgelt von umgerechnet rund 1.500 Euro monatlich - etwa das

Dreifache eines mittleren chilenischen Einkommens - plus diverse Zulagen.

"Lebendiger Eindruck von Chile"

Warum Klug 2014 in den 9.000-Seelen-Ort Vallendar kam, ist nicht ganz klar. Doch scheinbar hatte oder suchte er Kontakt zur katholischen Schönstattbewegung mit Hauptsitz in Vallendar. Im März 2015 war Klug in der "Marienschule Schönstatt", dem ortsansässigen katholischen Mädchengymnasium, im Spanischunterricht zu Gast. Als "Insider", so berichtete das örtliche Lokalblatt "Blick aktuell" [4], habe er den Schülerinnen seine Sicht auf Chile "näher" gebracht, und "herrliche Bilder" bei ihnen hinterlassen. Die aktuelle Schulleitung bedauert im nachhinein, "dass dieser Verbrecher bei uns im Haus gewesen ist". Sie verweist darauf, dass die damalige Schulleiterin, die Lehrkraft und die Schülerinnen des Spanischkurses inzwischen nicht mehr an der Schule seien. Vermutlich habe niemand Klugs wahre Geschichte gekannt, heißt es in einer Stellungnahme der Schule gegenüber der taz, "ansonsten wäre es nie zu diesem Besuch gekommen".

Allerdings ist Klug bereits der zweite "prominente" Chilene im Umfeld der Schönstattbewegung, zu der die Marienschule gehört: Francisco Cox, ein des vielfachen sexuellen Missbrauchs beschuldigter früherer Erzbischof aus dem chilenischen La Serena, hatte über zehn Jahre in Schönstatt gelebt, Er wurde wegen eines 2004 dort begangenen weiteren Missbrauchs an einem 17-Jähri-

gen angezeigt, 2018 von Papst Franziskus aus dem Klerikerstand entlassen und ging 2019 schließlich nach Chile zurück, um sich dortigen Ermittlungen gegen ihn zu stellen.

Die Schönstattgemeinde ist eine 1914 in Vallendar gegründete, inzwischen international aufgestellte Institution, die auch religiöse Einrichtungen und private Schulen in Chile unterhält. Der Sprecher des PressOffice Schönstatt, Heinrich Brehm, erklärte inzwischen gegenüber der taz, dass nach seinem Kenntnisstand "zwischen Herrn Walther Klug und Schönstätter Einrichtungen in Deutschland und in Chile keine Beziehungen bestanden haben oder bestehen." Wohl aber habe Klug an spanischsprachigen Gottesdiensten in Schönstatt teilgenommen und Kontakte gesucht. Andere chilenische Gottesdienstbesucher hätten ihn erkannt und dies dem chilenischen Konsulat gemeldet. Dort habe man empfohlen, Abstand von Klug zu halten, und darauf verwiesen, dass Deutschland ihn als deutschen Staatsbürger nicht nach Chile ausliefern würde. Das chilenische Konsulat in Frankfurt a.M. erklärte jedoch, ihnen lägen keine entsprechenden Berichte vor.

Verhaftung erst 2019

So verbrachte Klug gut vier Jahre vermutlich recht beschaulich im Rheinland. Erst als er Anfang Juni 2019 mit seiner Partnerin nach Italien reiste, flog er auf. In einem Hotel in Parma wurde er aufgrund eines internationalen Haftbefehls wegen eines noch nicht abgeschlossenen Gerichtsverfahrens festgenommen und

saß seitdem in Haft. Dabei geht es um Klugs mutmaßliche Beteiligung an der Entführung und dem Verschwindenlassen des 23-jährigen Studentenführers und Angehörigen des Kommunistischen Jugendverbands, Luis Cornejo Fernández; auch dessen Spur verlor sich 1973 im 3. Infanterieregiment Los Ángeles. Für die rechtskräftige Verurteilung wegen Mordes an den Arbeitern der Wasserkraftwerke hatte Chile bis dahin nicht über Interpol nach Klug gesucht.

Im Juli 2019 beantragte Chile Klugs Auslieferung und berief sich auf ein mit Italien vereinbartes Auslieferungsabkommen. Mit der Begründung, es gehe um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gab der Oberste Gerichtshof Italiens dem chilenischen Ersuchen am 4. Dezember 2019 in letzter Instanz statt.

Am 6. Februar schließlich wurde Klug nach Chile ausgeliefert. Er sitzt in Untersuchungshaft im südchilenischen Concepción und wurde im Verfahren um den 1973 verschwundenen Luis Cornejo bereits dem Richter vorgestellt, wie das chilenische Justizministerium bestätigte. Klugs Anwalt beantragte dessen Entlassung aus der Haft, was der zuständige Richter Carlos Aldana jedoch mit der Begründung ablehnte, Klug stelle eine Gefahr für die Sicherheit der Gesellschaft dar.

Auch seine bereits rechtskräftige Strafe von zehn Jahren Haft wegen 23-facher Entführung, Verschwindenlassens bzw. Mordes wird Klug nun in einem chilenischen Gefängnis verbüßen müssen. Rechtsanwältin Parra, die Luis Cornejos Schwestern ver-

tritt, erwartet, dass Klug sich auch in einem weiteren Verfahren wegen Verschwindenlassens - in dem Fall von Adelino Pérez Navarrete - vor Gericht wird verantworten müssen.

Fragen an die deutsche Justiz

Offen bleiben viele Fragen an die deutsche Justiz. Aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage [5] des Parlamentarischen Geschäftsführers der Bundestagsfraktion der Linken, Jan Korte, geht hervor, dass der Bundesregierung und dem Bundeskriminalamt (BKA) bereits seit 2015 ein Interpol-Fahndungsersuchen gegen Klug vorlag. Allerdings, so heißt es da, wurde "in Deutschland wegen der deutschen Staatsangehörigkeit des Verfolgten" nicht nach Klug gefahndet. Dabei wird auf Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes verwiesen. Denn in diesem Artikel ist nicht nur das Asylrecht festgeschrieben, sondern auch, dass deutsche Staatsangehörige nicht an Staaten außerhalb der EU ausgeliefert werden.

Eigenständige strafrechtliche Ermittlungen seitens der deutschen Justiz gegen Klug wären jedoch möglich - und wie Korte betont - "das Mindeste gewesen, was man (...) hätte erwarten können." Tatsächlich hatte die Staatsanwaltschaft Koblenz im März 2016 die Aufnahme von eigenständigen strafrechtlichen Ermittlungen gegen Klug geprüft - und diese verworfen, wie Oberstaatsanwalt Rolf Wissen erklärt. In dem damals vorliegenden Interpol-Festnahmeersuchen für den Fall Luis Cornejo sei dargestellt worden, "dass der Gesuchte 1973 in Chile ein Lager geleitet haben soll, in

das eine Person verbracht worden sei, die danach nicht wiederaufgetaucht sei." Diese Tatvorwürfe seien nach deutschem Recht verjährt, allenfalls der Vorwurf des Mordes wäre nicht verjährt gewesen, so Wissen; dafür habe es nach dem Inhalt des chilenischen Festnahmeersuchens jedoch keine ausreichenden Anhaltspunkte gegeben, "da nicht klar ist, ob, wo, wie und durch wen die in Chile verschwundene Person umgebracht worden ist".

Nach so vielen Jahren des Verschwindenlassens müsse man jedoch einen Mord in Erwägung ziehen, erklärt Andreas Schüller vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR). Diese Prüfung sollte ein Generalstaatsanwalt vornehmen und von dem könne man erwarten, "dass er weiß, dass in den 1970er Jahren u.a. in Chile Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden und dass er Hinweise auf Taten in diesem Zeitraum und Kontext auch entsprechend einordnen kann." Schließlich gehe es nicht um Bagatelldelikte, sondern um schwerste Menschenrechtsverletzungen und Staatsverbrechen.

Laut der 2010 in Kraft getretenen "UN-Konvention gegen das Verschwindenlassen" stellt die systematische Praxis des Verschwindenlassens ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Deutschland ist als Vertragsstaat verpflichtet, in Fällen von Verschwindenlassen zu ermitteln und angehalten, einen eigenen Strafstatbestand des erzwungenen Verschwindenlassens mit ausreichend langer und der besonderen Schwere der Tat angemessenen Verjährungsfrist ins Strafgesetz-

buch aufzunehmen. Bis zum 28. März sollte Deutschland der UNO einen Bericht über die Fortschritte auf diesem Gebiet vorlegen.

Deutschland soll kein Safe Haven für Verbrecher sein

Zumindest für die Zukunft müsse die Bundesregierung sicherstellen, "dass Deutschland kein Safe Haven für flüchtige deutsche Diktaturverbrecher ist" und die Täter hierzulande zur Rechenschaft ziehen, fordert Jan Korte von der Linkspartei.

Denn Klug ist kein Einzelfall: "Deutsche Strafverfolgungsbehörden stehen in der Verantwortung, umfassend zu ermitteln, weil auch deutsche Staatsbürger involviert waren", erklärt Schüller und kritisiert, sie "sehen jedoch seit Jahrzehnten weg. So wie auch im Fall der Ermittlungen wegen Verbrechen der Colonia Dignidad". In dieser deutschen Sekte im Süden Chiles wurden Oppositionelle gefoltert und ermordet. Strafrechtliche Ermittlungen zur Aufklärung seien in Deutschland im Sande verlaufen. Über eine Wiederaufnahme der Ermittlungen u.a. gegen den ehemaligen Sektenarzt Hartmut Hopp, der als Verbindungsmann der Sekte zum chilenischen Geheimdienst galt, hat derzeit die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf zu entscheiden.

"Es fehlt der politische Wille. Auch wenn alle diese Taten schon länger her sind, muss man da einen anderen Fokus darauf legen", sagt Schüller, denn "das einfach zeitlich auslaufen zu lassen, das geht nicht."

Anmerkungen:

[1] <https://resumen.cl/articulos/quien-es-walter-klug-ex-militar-detenido-en-italia-el-prontuario-de-un-criminal-refugio>

[2] https://www.memoriaviva.com/criminales/criminales_k/klug_walter.htm

[3] https://www.pjud.cl/web/guest/noticias-del-poder-judicial/-/asset_publisher/kV6Vd-m3zNEWt/content/corte-suprema-pone-a-disposicion-de-ministro-carlos-aldana-a-militar-procesado-por-secuestro-calificado-en-los-angeles-en-1973

[4] <https://www.blick-aktuell.de/Vallendar/Insider-brachte-das-Land-Chile-naeher-129731.html>

[5] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/162/1916257.pdf>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/deutsch-chilenischer-folterer-lebte-unbehelligt-im-rheinland/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00312.html>

KINDERBLICK / GESCHICHTEN

Spuk und Tränen -

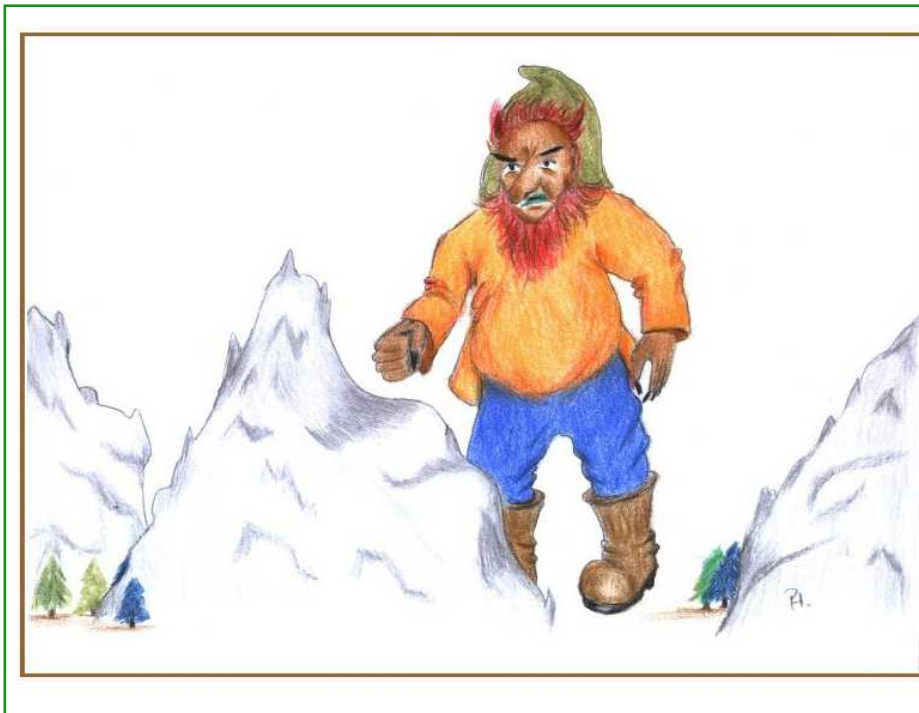
und dass man Rumtrum sehen kann ...

(SB) - Rumtrum wurde auf seltsame Weise durch einen bösen Sturm übers Meer in ein unbekanntes Land gewirbelt. Dort wurde er von einem riesigen, übellaunigen Troll gefangen und saß in dessen Faust fest, aus der er sich nicht befreien konnte. Als ein winziges Flattergespenst ihm helfen wollte, wurde es von dem Troll fortgeweht und damit Rumtrums Hoffnung auf Befreiung.

Rumtrum sah dem herumwirbelnden Flattergespenst hinter-

her und hockte sich traurig in die enge Höhle der Faust. Wie sollte er sich nur aus dieser schrecklichen Lage befreien?

Der Troll hörte plötzlich auf zu Lachen und schwang auch seine Faust nicht weiter hin und her, sondern ließ sie schnurstracks auf den Erdboden sausten, wo sie mit einem heftigen Ruck aufschlug. Rumtrum bebte und zitterte, wusste er doch nicht was nun geschehen würde. Muxmäuschenstill kauerte er in



April 2020

Mo	6	13	20	27	
Di	7	14	21	28	
Mi	1	8	15	22	29
Do	2	9	16	23	30
Fr	3	10	17	24	
Sa	4	11	18	25	
So	5	12	19	26	

© 2020 by Schattenblick

der Mitte der Faust, die zu seinem großen Erstaunen nun geöffnet wurde. Sofort ergriff Rumtrum die Gelegenheit und floh aus seinem Gefängnis. Doch kam er nicht weit, denn der Troll fing ihn wieder ein, diesmal allerdings etwas vorsichtiger. Zwischen zwei Fingern transportierte er den kleinen Geist und setzte ihn auf einer Bergspitze ab, so dass er sich ungefähr in Augenhöhe mit ihm befand. "Wen haben wir denn da?", grinste der Troll, "hast dich wohl verirrt?"

"Nein, nein, oder doch, vielleicht. Ich weiß gar nicht, wo ich bin", verhaspelte sich Rumtrum und bemühte sich sofort um Fassung, die ihm ein würdevolles Aussehen verleihen sollte. Der Troll sollte schließlich erkennen, dass er es mit einem respektablen Geist zu tun hat.

"Sag' mir doch, was treibt dich auf die Trollinsel? Hier bei uns lässt sich sonst niemand

blicken", argwöhnte der große Troll. "Warum denn nicht?" - "Zuerst beantwortest du mir gefälligst meine Frage, dann sehen wir weiter!"

Erschrocken erklärte Rumtrum, dass er unterwegs sei, um böse, wirklich böse Geister aufzusuchen, um bei ihnen zu lernen. Der Troll legte seinen Kopf schief, erst zur einen Seite, dann zur anderen und lächelte, sah dabei aber keineswegs freundlich aus. "So, so, das ist ja interessant und wie nennt man dich, wie ist dein Name?"

"Ich heiße Rumtrum und lebte bisher in einem alten Haus als Hausgeist", stellte der kleine Geist sich mit fester Stimme vor. "Nun gut, Hausgeist also, hmmm, hmmm, tja, nun denn, man nennt mich hier einfach nur Trovje oder Trovje den Grausigen. Also, da bist du bei mir an der richtigen Adresse. Man sagt, ich sei der böseste und scheußlichste Troll im ganzen Land."

"Das ist ja toll, ich kann `s kaum glauben. Lehrst du mich das Bösesein?", jauchzte der kleine Geist vor Freude. "Immer langsam, immer langsam. So einfach ist das nicht. Ich kenne dich ja gar nicht und weiß nicht, ob du überhaupt zu irgendetwas taugst. Ich werde dich prüfen - und ich verspreche dir gleich, dass es nicht leicht sein wird. Viele haben es schon versucht, hunderte oder noch mehr, aber niemand hat es geschafft", warnte Trovje der Grausige. "Das ist mir egal, ich bestehe eben als erster deine schwere Prüfung", tönte Rumtrum mutig.

"Nun gut, doch zunächst einmal muss du eine Gestalt annehmen, ich will schließlich nicht die ganze Zeit meinen Geisterblick anwenden, um dich zu erkennen. Für einen Troll ist das nämlich ganz schön anstrengend", rief der riesige Troll, der sich schon zwei Schritte weit von Rumtrum entfernt hatte - und zwei Trollschritte sind gewaltig lang.

"Warte, warte, wo rennst du hin? Du wolltest mir doch eine Gestalt geben!", empörte sich der kleine Geist. Trovje blieb stehen und zog eine böse Grimasse. Sein Mund wurde breiter und breiter und als er ihn zu einem lauten Lachen öffnete, blitzten seine spitzen, weißen Zähne auf. "Was wollte ich, dir helfen, dir eine Gestalt geben? Tja, da irrst du dich gehörig. Das ist dein Problem."

Rumtrum wäre vor Wut fast geplatzt. "Dieser unverschämte, gemeine Fiesling!", ärgerte er sich und brüllte dem Troll aus Leibeskräften hinterher: "Ich weiß nicht was ich tun soll, verdammt!" Aber da war Trovje der Grausige schon längst verschwunden, doch Rumtrum hörte noch deutlich, wie er ihn nachäffte: "Ich bestehe eben als erster deine schwere Prüfung!"

Niedergeschlagen hockte er sich auf einen Stein und grübelte. Es hatte keinen Sinn, sich über diesen ungehobelten Kerl weiter zu ärgern. Er musste eine passende Gestalt annehmen, damit er bei Trovje lernen konnte. Doch wie zum Teufel sollte er das anstellen. Als Geist war er noch nie vor ein derartiges Problem ge-

stellt worden. Hier kannte er niemanden. Wen könnte er um Rat fragen?

Er ließ seinen Blick über die weite Landschaft schweifen und entdeckte in der Ferne doch nur die merkwürdigen Häuser, bei denen man nicht wissen konnte, ob es sich nicht vielleicht doch um Trolle handeln würde. Plötzlich ziepte es in seinem Nacken, erschrocken drehte er sich um. Vor ihm schwebte der winzige Flatterling und grinste ihn an. "Na, du siehst ja nicht gerade glücklich aus", amüsierte es sich. Rumtrum war froh das kleine Geschöpf wiederzusehen, auch wenn er sich ärgerte, dass es seine missliche Lage lustig fand. Er bemühte sich höflich zu bleiben.

"Ja, in der Tat befasse ich mich gerade mit einem schwierigen Problem, für das ich keine Lösung weiß und das stimmt mich nicht gerade fröhlich."

"Ja, ja, ich weiß, du brauchst eine Gestalt. Als wenn das ein Problem wäre, also wirklich, ihr Hausgeister wisst nicht viel, habt keine Ahnung von den einfachsten Dingen und seit doch so

hochnäsig - warum nur", lachte der Flatterling. Jetzt reichte es Rumtrum und er polterte los: "Wenn das verdammt noch mal so einfach ist, warum hilfst du mir dann nicht, du, du Ungetümchen?"

"Nein, nein, man nennt mich Sybill und nicht Ungetümchen, das zum einen und zum anderen habe ich nicht behauptet, dir nicht zur Seite zu stehen, aber alles zu seiner Zeit. Erst einmal ...",

Schon wieder wurde das Flattergespenst Sybill urplötzlich fortgeweht. Rumtrum konnte niemanden ausfindig machen, der so kräftig gepustet hatte. Dieser Windstoß schien aus dem Nichts zu kommen. Allmählich glaubte er, dass ihm irgendjemand absichtlich Steine in den Weg legte und versuchte ihn am Bösessein-Lernen zu hindern.

Weitere Abenteuer mit
Rumtrum folgen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/geschil/kgkg0112.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

- 1 POLITIK - ERNÄHRUNG: Peru - Mit kleinbäuerlicher Landwirtschaft dem Coronavirus trotzen (poonal)
- 3 POLITIK - REDAKTION: Irak - das Chaos wächst an ...
- 5 POLITIK - KOMMENTAR: Halle-Attentat - weißer Rassismus ...
- 7 POLITIK - KOMMENTAR: COVID-19 - Evangelikale blasen zur Jagd ...
- 8 SCHACH-SPHINX: Kniff, Wendung und gezielter Schlag
- 9 POLITIK - MEINUNGEN: Hunger - Verschärfung zu erwarten ...
- 11 MEINUNGEN: ... G20 - Investiert in das Gesundheitswesen statt weiterer Militarisierung (Pressenza)
- 14 POLITIK - MEINUNGEN: Argentinien - 24. März. Die Fahne in unseren Herzen (poonal)
- 18 RECHT - FAKTEN: Chile - Deutsch-chilenischer Folterer lebte unbehelligt im Rheinland (poonal)
- 21 KINDERBLICK - GESCHICHTEN: 04-2020 Spuk und Tränen - und dass man Rumtrum sehen kann ...
- 24 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 1. April 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 1. April 2020

Vorhersage für den 01.04.2020 bis zum 02.04.2020



© 2020 by Schattenblick

Wolken, Regen eilen
übers weite Land geschwind.
Weil sie nicht verweilen,
ist Jeans Wetterauge blind.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.